

MISZELLE

Toni Hanel

**Zur Konstruktion des ‚ratstreuen‘ Stadtverordneten – Emil Lehmanns Verhältnis zu den oppositionellen Stadtverordneten im November 1883**

„Sicher ist, daß Personen wie Herr Adv. Lehmann nicht auf Wirkung des Antisemitismus durchgefallen sind, sondern weil sie enragiert für die bisherige Art städt. Verwaltung eintraten.“<sup>1</sup> berichtete die Arbeiterzeitung *Sächsisches Wochenblatt* am 1. Dezember 1883 über das Ergebnis der Stadtverordneten-Ergänzungswahl, die am 28. November stattfand. Emil Lehmann, der 1865 erster jüdischer Stadtverordneter Dresdens geworden und seit 1879 Vizevorsteher war, bekam sein Mandat nicht bestätigt. Allerdings ist diese Absage an den Einfluss des Antisemitismus – konkret des Deutschen Reformvereins in Dresden – auf den Wahlausgang aufgrund der aktuellen Forschung von der Hand zu weisen. Vielmehr sieht Matthias Piefel mit dem Jahr 1883 eine Zäsur, von der eine „über 20-jährige Dominanz des Antisemitismus in der Kommunalpolitik in der Residenzstadt“<sup>2</sup> ihren Anfang nahm. Über die antisemitische Wahlbeeinflussung ist sich die Forschung einig.<sup>3</sup>

Dieselbe Ausgabe der Arbeiterzeitung stellte weiterhin fest, dass „[d]ie Stadtverordnetenwahlen [...] mit einer eclatanten Niederlage der Stadtrathspartei und einem Sieg der städt. Opposition geendet [haben].“ Diese Passage verweist auf eine Konstellation, die sich ab dem letzten Drittel 1883 abzeichnete und Dresden als eine Anomalie der kommunalen Verwaltung im Kaiserreich herausstellte. Eine Opposition, die im gegenwärtigen politischen Diskurs selbstverständlich ist, war in der Kommunalpolitik des Kaiserreiches absolut unüblich. Weithin erkannten die Städte in solch abweichenden Stimmen eine Gefahr für das Gemeinwohl. Demnach wurde in den Kommunen bevorzugt eine sachliche und ‚unpolitische‘ Regelung der städtischen Daseinsvorsorge betrieben. Es kann dabei von einer Art ‚Unpolitik‘ gesprochen werden, die sich nachdrücklich von einer emotionsgeladenen ‚Parteipolitik‘, wie sie im Reichstag vorzufinden war, abzusetzen versuchte.<sup>4</sup> Im Folgenden soll der Fokus auf diese

<sup>1</sup>Sächsisches Wochenblatt, Nr. 37 v. 1. Dez. 1883, S. 1.

<sup>2</sup>Piefel, Matthias: Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914, Göttingen 2004, S. 48.

<sup>3</sup>Piefel: Antisemitismus, 2004, S. 47f.; Höppner, Solvejg: Juden in Sachsen zwischen bürgerlicher Revolution und Erstem Weltkrieg, in: Juden in Sachsen, hg. v. Gunda Ulbricht und Olaf Glöckner, Leipzig 2013, S. 112; Döscher, Elvira/Schröder, Wolfgang: Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsens im Spiegel historischer Photographien. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2001, S. 418; Dvorak, Helge: Emil Lehmann, in: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band I Politiker. Teil 8 Supplement L-Z, hg. v. Helge Dvorak, Klaus Oldenhege u.a., S. 17; Ulbricht, Gunda: Israelitische Religionsgemeinde, in: Geschichte der Stadt Dresden. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, hg. v. Holger Starke, Stuttgart 2006, S. 124; Schäbitz, Michael: Emil Lehmann, in: Einst & Jetzt: Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, hg. v. Nora Goldenbogen und Andreas Brämer, Dresden 2003<sup>2</sup>, S. 148f. und Richter, Otto: Geschichte der Stadt Dresden in den Jahren 1871 bis 1902. Werden und Wachsen einer deutschen Großstadt, Dresden 1904<sup>2</sup>, S. 61.

<sup>4</sup>Pohl, Karl Heinrich: Kommunen, Liberalismus und Wahlrechtsfragen: Zur Bedeutung des Wahlrechts für die »moderne« Kommunalpolitik in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 13, hg. v. Birgit Bublies-Godan, Hans-Georg Fleck u.a., Baden-Baden 2001, S. 113–130.

oppositionellen Bestrebungen gelegt werden, die eine Wiederwahl Lehmanns verhinderten. In der einschlägigen Literatur stellt dieser Aspekt bisher nur eine Randnotiz dar.

Bereits 1887 beschrieb Otto Richter die oppositionelle Strömung im Saal der Dresdner Stadtverordneten seit dem Jahre 1883.<sup>5</sup> Greifbar wird die Opposition an der Person des Baumeisters Gustav Hartwig, damals Vorstandsmitglied des 1867 gegründeten Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden. Dieser Verein war Interessenvertreter der Haus- und Grundbesitzer, welcher sich ab 1880, als er erstmals eigene Kandidaten aufstellte, in die Kommunalpolitik einbrachte. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Finanzausschusses (und des Hausbesitzervereins) beabsichtigte er, privatwirtschaftliche Ansprüche auf der kommunalen Ebene geltend zu machen. Dies artikulierte sich in einer notorischen Sparsamkeit und stand in Widerspruch zur Haushaltspolitik des Rates, der auf die langfristige Wirkung der Investitionen bedacht war.<sup>6</sup>

Zu jener Zeit bestand die kommunale Verwaltung der sächsischen Residenz aus einem Zwei-Kammern-System: zum einen aus dem ausführenden Organ – dem Stadtrat; zum anderen aus dem kontrollierenden Organ – dem Stadtverordnetenkollegium. Als Repräsentanten der Gemeinde standen die Stadtverordneten „mit dem Rat in einem ständigen, im Gesetz angelegten Konflikt um die Kompetenzen und die Ziele der Stadtentwicklung.“<sup>7</sup> Das Jahr 1883 brachte eine Verschärfung des obligatorischen Konflikts. Sichtbar wird dies nicht nur an der Zunahme der Drastik des Inhalts der Sitzungsprotokolle, sondern auch an ihrer Quantität: Das Verhandlungsprotokoll für 1883 hat 450 Seiten (insgesamt 35 Sitzungen). Im Vergleich dazu haben die Protokolle von 1881 224 (30 Sitzungen) bzw. von 1882 235 Seiten (29 Sitzungen). Bemerkenswert für 1883 ist, dass die Verhandlungen nach der Sommerpause, beginnend mit dem 6. September, 198 Seiten (13 von 35 Sitzungen) beanspruchten. Dies zeigt eine weitere Zuspitzung des Konflikts in den letzten vier Monaten. Dieser Streit zwischen Rat und Stadtverordneten, der sich noch bis in die späten 1880er ziehen sollte, erschien als Schranke, die eine auf Vernunft basierende Debatte nahezu unmöglich machte.

Deshalb versuchte Emil Lehmann, mithilfe vermittelnder Anträge die Schärfe aus den Debatten zwischen Rat und Opposition zu nehmen. Allerdings tat sich dabei für ihn die Schwierigkeit auf, dass er als Vertreter dieser kommunalen ‚Unpolitik‘ eine Opposition nicht dulden konnte.<sup>8</sup> Deshalb kommt man anhand der im Dresdner Stadtarchiv eingelagerten Protokolle zur Auffassung, dass er ebenfalls divergente Positionen zu Hartwig und Genossen bezog, welche in langen und hitzigen Diskussionen mündeten. Durch seine gegensätzlichen Ausführungen entstand bei den oppositionellen Stadtverordneten eine Abneigung gegenüber dem Vizevorsteher, mit der Emil Lehmann in der Zeit vor der Wahl konfrontiert wurde. Eine Spielart dieses Vorgehens soll nun genauer beleuchtet werden.

<sup>5</sup>Vgl. Richter, Otto: Die Stadtverordneten zu Dresden 1837–1887. Festschrift zur fünfzigjährigen Jubelfeier des Kollegiums am 11. Mai 1887, Dresden 1887, S. 46.

<sup>6</sup>Vgl. Ulbricht, Gunda: Kommunale Vertretung und Verwaltung, in: Geschichte der Stadt Dresden. 3: Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, hg. v. Holger Starke, Stuttgart 2006, S. 45.

<sup>7</sup>Vgl. Ulbricht, Kommunale Vertretung, 2006, S. 45.

<sup>8</sup>Vgl. Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0369 (4. Jan. 1883).

In den Wahlauswertungen der oppositionellen Zeitungen, der *Deutschen Reform* und dem *Sächsischen Wochenblatt*, tauchen der Begriff „Rathshausliberalismus“<sup>9</sup> und semantisch ähnliche Termini auf: „rathshausliberaler/s Ring/Regiment“<sup>10</sup>. In den Worten steckt der Vorwurf, Emil Lehmann gehöre einer Gruppe von Stadtverordneten an, die die Politik des Rates bedingungslos unterstützte. Diese scheinbare Zugehörigkeit fand Thematisierung in den Sitzungen und Periodika des Novembers. So konfrontierte Hartwig am 1. November den Vizevorsteher mit der Unterstellung, dass dieser wiederholt seine Stimme erhob, „um davor zu warnen, daß dem Rathe nicht wehe gethan werde.“<sup>11</sup> Passiert ist dies, nachdem Lehmann den Antrag auf ungewöhnlich frühe Vorlage des Haushaltplans – wie Otto Richter<sup>12</sup> – für 1883 als zurzeit für gegenstandslos erachtete. Gegen diese Unterstellung protestierte Lehmann und wies darauf hin, dass dies „aus pflichtgemäßer Ueberzeugung und nicht aus Rücksicht auf den Rath oder sonst Jemand“<sup>13</sup> geschehe. Denselben Ton wie Hartwig schlug die *Deutsche Reform* an, indem sie Lehmann auf der Seite des Rates verortete.

Die städtischen Kassenrevisionen waren das dominierende Thema in der Sitzung vom 22. November 1883. Entfacht wurde die Debatte durch einen Fragekatalog Hartwigs, der Rechenschaft vom Rat über die Kassenberichte forderte, und dessen Beantwortung der Rat kategorisch ablehnte. Der Rat und Hartwig, der für den Finanzausschuss referierte, verharrten in ihren Haltungen. Hierzu gesellte sich ein dritter, Ausgleich suchender Antrag von Lehmann.<sup>14</sup> Während der Diskussion bezichtigte Hartwig den Vizevorsteher, dass sein Vermittlungsantrag aus „einer gewissen Liebenswürdigkeit gegenüber dem Rathe entsprungen sei“<sup>15</sup>. Wiederum distanziert sich Lehmann von dieser Behauptung: „Er handle im öffentlichen Leben Niemand zu Liebe, sondern nur nach seinem Gewissen.“<sup>16</sup> Indes unterstrich Lehmann seine Auffassung, dass er keinen Konflikt mit dem Rat vom Zaun brechen zu wollen gedenke, wenn er nicht unbedingt zu verhindern wäre.<sup>17</sup> Die Opposition teile zwar den grundsätzlichen Standpunkt mit ihm, nur sei Lehmanns Methode erschöpft, das Ersuchen des Kollegiums an den Rat führe zu keiner Lösung.<sup>18</sup> Die protokollierten Aussagen aus Richtung der Opposition neigen dazu, Emil Lehmann als ‚ratstreuen‘ Stadtverordneten zu identifizieren.

Hierin lag wohl der Versuch der Opposition, innerhalb der Wahlkampfsituation eine bipolare Ausgangslage zu schaffen. Wahlkämpfe besitzen eine Tendenz zur symbolischen Reduzierung und Zuspitzung der politischen Themen. Dies beinhaltet u.a. eine Polarisierung und eine fehlende Differenzierung der politischen Kommunikation. Die Opposition erkannte im Stadtrat ihren Gegenpol. Aus dieser Position heraus vermag man zu dem Schluss kommen, dass alle, die sich gegen Hartwig und Genossen wandten, ebenfalls in deren Feindverständnis übernommen wurden. Bestes Beispiel ist Emil

<sup>9</sup>Sächsisches Wochenblatt, Nr. 37 v. 1. Dez. 1883, S. 1 sowie Nr. 38 v. 8. Dez. 1883, S. 2.

<sup>10</sup>Deutsche Reform, Nr. 277 v. 30. Nov. 1883, S. 1f.

<sup>11</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0649 (1. Nov. 1883).

<sup>12</sup>Vgl. Richter, *Geschichte*, 1904<sup>2</sup>, S. 64.

<sup>13</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0653 (1. Nov. 1883).

<sup>14</sup>Vgl. Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0672-0679 (22. Nov. 1883).

<sup>15</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0678 (22. Nov. 1883).

<sup>16</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0678 (22. Nov. 1883).

<sup>17</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0678 (22. Nov. 1883).

<sup>18</sup>Stadtarchiv Dresden 3.2.3 Stadtverordnetenprotokolle, FR 12, Bl. 0677 (22. Nov. 1883).

Lehmann, welcher sich regelmäßig in Widerrede zur Opposition befand, obwohl er durch seine Bestrebungen vor allem zu vermitteln suchte, um das Band zwischen Rat und Stadtverordneten intakt zu halten. Jedoch passt dieses Verhalten nicht in das Schwarz-Weiß-Schema einer Wahlkampfsituation, die ohnehin nicht mehr den Prämissen der damaligen Kommunalpolitik entsprach.

Der Vizevorsteher geriet dementsprechend in die Konfrontation mit der Opposition. Als *ein weiterer* Gegenpol der Opposition neben dem Stadtrat wurde Lehmann kurzerhand als ‚Rathliberaler‘ vereinnahmt, obwohl er vermehrt deutlich machte, dass eine Rücksicht auf den Rat bei ihm keinerlei Rolle spiele und er nur seinem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldig sei. Es wurde eine bipolare Situation geschaffen, welche Emil Lehmann als Exponent des ‚Rathshausliberalismus‘ kategorisierte. Diese Fremdzuschreibung – so oft sie Lehmann auch von sich wies – ließ sich mustergültig mit dem Wahlprogramm der Hausbesitzer-Liste vereinbaren, die der scheinbar ‚rathstreuen‘ Mehrheit im Stadtverordnetensaal den Kampf ansagte. Weiterhin gelangten diese Vorwürfe in den Tagen vor der Wahl zwischen dem 26. und 28. November in die Dresdner Presse: Artikel und Anzeigen sprachen den Vorwurf der ‚Rathstreue‘ Lehmanns deutlich aus. Verbreitet wurden diese Vorwürfe vom *Dresdner Anzeiger*, dem amtlichen Organ der Kommune, der *Deutschen Reform*, sowie den *Dresdner Nachrichten*, der damals auflagenstärksten Tageszeitung Sachsens mit 38.000 Exemplaren. Die Beiträge, die mehr oder minder Spuren der Autorschaft hinterließen, versuchten, Lehmanns Arbeit im Stadtparlament zu diskreditieren und somit eine Wiederwahl zu verhindern. Jene Vorgehensweise gegen einen Kandidaten der Stadtverordneten-Ergänzungswahl ist 1883 nur gegenüber Emil Lehmann zu dokumentieren.

Allerdings soll an dieser Stelle nochmal die Problematik dargelegt werden, dass aufgrund fehlender Aufarbeitung die Argumentation weitgehend auf Selbstaussagen Lehmanns basiert und weiterer Stützen bedarf, um fest zu stehen. Insbesondere das Einbringen von Alternativanträgen in den Sitzungen spräche für eine vermittelnde Politik, dessen Absichten – wie Lehmann in der 1. Sitzung des Jahres 1883 verkündete – aus „Liebe zur Heimath“ entstanden.

In Verbindung mit der antisemitischen Propaganda gegen Emil Lehmann endete die Wahl 1883 für ihn mit dem politischen Desaster – er musste das Stadtverordneten-Kollegium verlassen. Zum einen wurde seine jüdische Identität als wunder Punkt ausgemacht. Diesbezüglich fühlte sich besonders der Deutsche Reformverein angesprochen, den jüdischen Anwalt scharf zu attackieren. Bereits 1884 urteilte die *Allgemeine Zeitung des Judenthums*, dass Dresden „den Ruhm einer Brutstätte des Antisemitismus in Anspruch nehmen kann.“<sup>19</sup> Zum anderen setzte das oppositionelle Lager der Stadtverordneten darauf, eine Bipolarität innerhalb des Gremiums zu konstruieren. Hierbei wird Lehmann als ‚rathstreuer‘ Stadtverordneter dargestellt, der sich immerfort schützend vor den Stadtrat stellte. Zwar stand Lehmann – wie der Stadtrat – im Widerspruch zur Opposition, jedoch sollte er nicht mit dem Rat gleichgesetzt werden. In seinem Selbstverständnis nahm er vielmehr eine vermittelnde Position zwischen Rat und Opposition ein.

<sup>19</sup>Allgemeine Zeitung des Judenthums, Nr. 47 v. 18. Nov. 1884, S. 750.

Es kommen mehrere ausschlaggebende Faktoren in Frage, die Emil Lehmanns Wahlniederlage beeinflussten. Der Antisemitismus ist einer davon und bereits gut dokumentiert. Diese Arbeit verweist auf einen anderen: die Konstruktion Emil Lehmann als ‚rathstreuen‘ Abgeordneten. Dieser Text will einen Anstoß zu weiteren Auseinandersetzungen geben. So wäre es interessant, das Verhältnis der beiden hier erwähnten Stränge der Wahlkampfführung zu bestimmen (wenn dies überhaupt möglich ist) oder die historische Atmosphäre anhand eines mentalitätsgeschichtlichen Zugangs über Berichte von Zeitgenossen zu rekonstruieren und zu erweitern.

**Zitiervorschlag** Toni Hanel: Zur Konstruktion des ‚ratstreuen‘ Stadtverordneten – Emil Lehmanns Verhältnis zu den oppositionellen Stadtverordneten im November 1883, in: *Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 11 (2017), 20, S. 1–5, online unter [http://www.medaon.de/pdf/Medaon\\_20\\_Hanel.pdf](http://www.medaon.de/pdf/Medaon_20_Hanel.pdf) [dd.mm.yyyy].

**Zum Autor** Toni Hanel, geb. 1992, von 2013–2016 Bachelorstudium Geschichte und Germanistik an der TU Dresden: abgeschlossen mit einer Analyse über die Wahlkampfführung gegen Emil Lehmann bei der Stadtverordneten-Ergänzungswahl 1883, seit 2016 Masterstudium Geschichte an der TU Dresden.